

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

157. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Februar 2005

Tagesordnungspunkt 13:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes (Streitkräftereserve-Neuordnungsgesetz – SkResNOG)** (Drucksachen 15/4485, 15/4872)

14752 B

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung eines Gesetzes über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes (Streitkräftereserve-Neuordnungsgesetz – SkResNOG) (Tagesordnungspunkt 13)

(...)

Petra Pau (*fraktionslos*): Erstens. Der vorliegende Gesetzentwurf soll Änderungen im Wehrpflichtgesetz, im Soldatengesetz, im Wehrsoldgesetz und im Arbeitsplatzschutzgesetz bewirken. Sie beziehen sich auf die Aufgaben, die Versorgung und Rechtsstellung der Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr. Die PDS im Bundestag wird diesen Gesetzentwurf ablehnen. Nicht weil wir dagegen wären, dass Reservistinnen und Reservisten Rechtssicherheit und Arbeitsschutz genießen. Darauf haben sie einen rechtlichen und einen persönlichen Anspruch. Wir sind dagegen, weil sie ein trojanisches Pferd in Stellung bringen.

Zweitens. Der Gesetzentwurf entspringt einer inhaltlichen Logik, der wir nicht folgen. Es geht darum, den Status und die Pflichten von Reservistinnen und Reservisten an die offensiven militärpolitischen Leitlinien anzupassen. Noch klarer gesagt: Reservistinnen und Reservisten sollen in den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee aktiv einbezogen werden. Die PDS ist gegen weltweite Militäreinsätze der Bundeswehr. Wir halten die militärpolitischen Leitlinien für falsch, ja für gefährlich. Also sind wir auch dagegen, dass dieser Fehler auch noch auf Reservistinnen und Reservisten ausgedehnt wird.

Drittens. Hinzu kommt: Mit § 6 c des vorliegenden Gesetzentwurfes wollen sie den Einsatz der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik Deutschland vorbereiten. Sie weisen Reservistinnen und Reservisten entsprechende Aufgaben zu. Sie wissen: Im Gegensatz zur CDU/CSU halten wir Inlandseinsätze der Bundeswehr für grundgesetzwidrig. Sie wären obendrein fachlich falsch, politisch sind sie es aus Sicht der PDS ohnehin.

Viertens. Genau betrachtet rangiert der Antrag in der Grauzone zum Trickbetrug. Denn das eigentliche Ziel dieses Gesetzes verkehrt sein vermeintliches Anliegen ins Gegenteil: Es schafft nicht mehr Rechtssicherheit und Arbeitsschutz für Reservistinnen und Reservisten. Es schafft neue Risiken und Gefahren für alle.

Die PDS im Bundestag stimmt daher logisch und konsequent mit Nein.